

Protokoll der Gemeindeversammlung vom Donnerstag, 17. Januar 2008, um 20.15 Uhr in der Turnhalle, Schulhaus Grossbühl

Traktanden

1. Wahl der Stimmezähler/Stimmezählerinnen
2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2007
3. Genehmigung des Budgets 2008 und Beschlussfassung über die Deckung des Finanzierungsfehlbetrages
Beschluss über Festsetzung der Gebühren, der Hundesteuer und des Steuerfusses 2008
4. Verschiedenes
5. Verabschiedung der langjährigen Friedensrichterin und eines Gemeinderates

Gemeindepräsident Eichenberger begrüsst die Anwesenden und bittet die Nichtstimmberechtigten auf separate Plätze.

1. Wahl der StimmezählerInnen

//. Auf Vorschlag von GP Eichenberger werden Frau Regula Joppich und Herr Kurt Schranz mit grossem Mehr ohne Gegenstimme als Stimmezähler gewählt.

Es sind 87 Stimmberechtigte anwesend.

Die Traktandenliste wird stillschweigend genehmigt.

2. Protokoll der Gemeindeversammlung vom 4. Dezember 2007

Das Protokoll lag auf der Kanzlei zur Einsichtnahme auf. Der Gemeindeschreiber verliest die Anträge und Beschlüsse.

//. Das Protokoll wird mit grossem Mehr ohne Gegenstimme genehmigt.

3. Genehmigung des Budgets 2008 und Beschlussfassung über die Deckung des Finanzierungsfehlbetrages

Beschluss über Festsetzung der Gebühren, der Hundesteuer und des Steuerfusses 2008

Der Gemeinderat legt Ihnen ein Budget vor, das auf der Basis eines Gemeindesteuerfusses von 130% berechnet wurde und einen **Aufwandüberschuss von CHF 41'630** aufweist. Wir beantragen Ihnen also einen erhöhten **Steuerfuss von 130%**. Die Ertragsseite wurde aufgrund der bis zum heutigen Zeitpunkt bekannten Steuerveranlagungen und der Empfehlung des Kantons budgetiert. Die anderen Ertragsposten sind aus Erfahrung zyklisch und wurden nach der bekannten Praxis konservativ budgetiert.

Aus der heutigen Sicht wird die **Rechnung 2007 wesentlich besser als budgetiert ausfallen**. Die zunehmende Überwälzung von Kosten durch den Kanton wird uns aber in den kommenden Jahren weiterhin beschäftigen.

Das vorliegende Budget steht auch im Zeichen der vom Stimmvolk angenommenen Steuervorlage zur Senkung der Einkommens- und Vermögenssteuer. Wie bereits an der letzten Gemeindeversammlung dargestellt, wird uns diese Tatsache Mindereinnahmen von ca. CHF 250'000 bescheren, insgesamt also ca. 6.4%. Ferner haben sich der Gemeinderat und die Einwohnergemeindeversammlung vom 4.12.2007 entschieden, nun endlich das Projekt Grossbühl in Angriff zu nehmen. Umfangreiche Szenarien und Berechnungen haben zum vorliegenden Antrag geführt. Dabei wurden die anstehenden Projekte der Gemeinde bewusst nach Prioritäten gewichtet, um unseren Finanzhaushalt über die kommenden Jahre im Lot zu halten und die temporäre Beanspruchung des Fremdkapitals zu minimieren.

Trotz der auferlegten Budgetdisziplin, bei der auch Budgetposten gestrichen oder auf das Minimum reduziert wurden, ist eine Steuerfusserhöhung notwendig.

Gerade wegen der nötigen Vorsicht im Hinblick auf unseren Finanzhaushalt sieht sich der Gemeinderat gezwungen, den Steuerfuss von 120% auf 130% zu erhöhen. Dabei gilt es insbesondere die Mindereinnahmen von 6.4% durch die Senkung der Kantonssteuer (Volksabstimmung 21. Oktober 2007) durch eine mindestens 7% Erhöhung des Gemeindesteuerfusses zu kompensieren und die restlichen 3% für die Investition Grossbühl zu verwenden. Um den Haushalt zu schonen soll ein Teil des gemeindeeigenen Baulandes verkauft und ein anderer Teil im Baurecht abgeben werden.

Es gilt festzuhalten, dass die verschiedenen Aspekte, Projektierungskredit Grossbühl, Umsetzung Projekt Grossbühl, Steuerfusserhöhung und Verkauf oder Abgabe im Baurecht von Bauland, miteinander verknüpft sind. Dabei besteht aber die Möglichkeit, dass es bei den einzelnen Komponenten zu zeitlichen Verschiebungen kommen kann, welche im Moment nicht näher quantifiziert werden können.

Es soll aber auch klar sein, dass der Gemeinderat mit den vorliegenden Entscheiden eine Vorwärtsstrategie für die Zukunft verfolgen will, welche zwar temporär Ausgaben für Investitionen generieren, langfristig aber zum Wachstum unserer Gemeinde in allen Bereichen beitragen sollen.

INVESTITIONSRECHNUNG

Die Investitionsrechnung Einwohnerkasse 2008 sieht moderate **Nettoinvestitionen von CHF 330'500** vor. Der grösste Posten umfasst den Planungskredit für das Projekt Grossbühl (CHF 250'000 beschlossen an der Einwohnergemeindeversammlung vom 4.12.2007). Im Bereich Verkehr ist nur die längst geplante Realisierung der Biederthalstrasse, Sanierung ausserorts vorgesehen.

Die Investitionsrechnung Wasserkasse und Abwasser 2008 sieht **Nettoinvestitionen von CHF 308'900** vor. Prioritär muss die Erneuerung der Wasser- und Abwasserleitungen im Gebiet Mühlestrasse/Reitstall-Birsig realisiert werden (CHF 185'000 + CHF 60'000, Beschluss EGV 4.12.2007). Dann sollte die längst fällige Brunnstuben Sanierung (Schaad) durchgeführt werden (CHF 38'900). Zusätzlich weist der Brunnen an der Leimenstrasse massive Schäden auf, welche dringend repariert werden müssen (CHF 25'000). Die permanente Verfügbarkeit einer Summe für Kanalsanierungen (CHF 80'000) soll ermöglichen, dass in der Zukunft nicht alle Sanierungen auf einen Schlag erfolgen müssen, sondern laufend nach Bedarf.

LAUFENDE RECHNUNG (Ausgaben)

Die Planung der laufenden Rechnung beinhaltet die Ergebnisse der Beratungen des Gemeinderates vom 22., 30. Oktober und dem 8. November 2007, sowie der Bechlüsse der EGV vom 4.12.2007.

Allgemeine Verwaltung

Zu erwähnen gilt hier die Aufnahme einer budgetierten Ausgabe für die Überarbeitung unserer Homepage (Downloads usw.), sowie die geplante Anschaffung des Finanzplanungstools, welches in unserer Gemeinderechnung integriert werden soll. Das Outsourcing der Prüfung von Baugesuchen, sowie Bauabnahmen ist ein erster Schritt in die Richtung Professionalisierung Bauverwaltung und erfordert einen Aufwand von CHF 15'000 für das Jahr 2008. Moderate Lohnerhöhungen führen zu erhöhten Ausgaben für den Lohnaufwand.

Öffentliche Sicherheit

Keine Bemerkungen.

Bildung

Die Einführung der geleiteten Schule ist in vollen Gang und einem laufenden Prozess unterworfen. Auch hier führen Lohnkosten zu höheren Ausgaben. Neu aufgenommen wurde der Budgetposten "Besoldung Aufsicht" Grossbühl (CHF 6'000). Im Hinblick auf das Projekt Grossbühl wurden die Ausgaben Baulicher Unterhalt auf das Minimum reduziert. Die Schaffung von Mittagstischstrukturen erfordern neue Budgetposten unter dem Begriff "Tagesschule".

Kultur, Freizeit

Geplante Neuanschaffung von Spielgeräten auf dem Spielplatz Dorf. Ein neues Jugendprojekt erfordert leicht erhöhte Ausgaben.

Gesundheit

Markant höhere Ausgaben für Spitex, weil keine Bundessubventionen mehr gesprochen werden. Ferner gehört die Spitex ab 1.1.2008 zu den Leistungsaufgaben einer Gemeinde.

Soziale Wohlfahrt

Ausgaben bewegen sich im Rahmen des Vorjahres.

Verkehr

Leicht erhöhte Ausgaben für die Besoldung, aber Beschränkung auf die minimal durchzuführenden Arbeiten im Bereich Strassenunterhalt. Erstmalige Ausgabe (CHF 2'700) für die Einführung des Nachtbusses nach Rodersdorf ab 2008 (Freitag auf Samstag, Samstag auf Sonntag).

Umwelt, Raumordnung

Die **Wasserversorgung** schliesst mit einem budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 7'750, bei der **Abwasserbeseitigung** resultiert ebenfalls ein Aufwandüberschuss in der Grössenordnung von CHF 14'050 (Entnahme Spezialfinanzierung Rechnungsausgleich). Auch bei der **Abfallbeseitigung** ist ein minimaler Aufwandüberschuss von CHF 650 budgetiert.

Die Wasser- und Abwassergebühren müssen marginal erhöht werden, um die steigenden Kosten zu kompensieren. Eine weitere Erhöhung für das Jahr 2009 zeichnet sich wahrscheinlich ab. Der rege Gebrauch unserer Grüngutmulde als auch andere Ursachen, machen eine substantielle Erhöhung der Kehrichtgrundgebühr unumgänglich.

Trotz den Erhöhungen für das Jahr 2008 zeigt ein Vergleich aber auf, dass sich die Gebühren unserer Gemeinde durchaus im kantonalen Vergleich bewegen.

Volkswirtschaft

Keine Bemerkungen.

FINANZEN, STEUERN (Einnahmen)

Die Steuerschätzung basiert auf ca. 60% der definitiven Veranlagungen 2006 der Rodersdorfer Steuerpflichtigen, den Prognosen und Empfehlungen der kantonalen Verwaltung und der ungefähren Bevölkerungs- und Teuerungsentwicklung. Nähere Einzelheiten sind zu Beginn des Berichtes aufgeführt.

Die **Finanzausgleichsabgabe** beträgt im Jahre 2008 CHF 23'400 (2007: 31'900).

Die **ordentlichen Abschreibungen** auf dem Verwaltungsvermögen betragen CHF 63'850.
Die laufende Rechnung sieht einen **budgetierten Aufwandüberschuss von CHF 41'630** vor.

Anträge:

1. Der Gemeinderat beantragt, die **Grundgebühr Wasser neu auf CHF -.60 m2 ZGF** festzulegen. (Bisher CHF -.55)
2. Der Gemeinderat beantragt, die **Verbrauchsgebühr Wasser neu auf CHF 2.45 m3** festzulegen. (Bisher CHF 2.20)
3. Der Gemeinderat beantragt, die **Grundgebühr Abwasser neu auf CHF -.50 m2 ZGF** festzulegen. (Bisher CHF -.40)
4. Der Gemeinderat beantragt, die **Verbrauchsgebühr Abwasser neu auf CHF 1.90 m3** festzulegen. (Bisher CHF 1.65)
5. Der Gemeinderat beantragt, die **Miete der Wasseruhren unverändert** bei CHF 15.-- für Normaluhren, CHF 30.-- für Spezialuhren und CHF 100.-- für die Spezialuhr Familiengärtnerverein zu belassen.
6. Der Gemeinderat beantragt, die **Hundesteuer unverändert** bei CHF 90.-- für den ersten Hund und CHF 120.-- für jeden weiteren Hund zu belassen.
7. Der Gemeinderat beantragt, den **Steuerfuss für das Jahr 2008 auf 130 %** der ganzen Staatssteuer festzulegen.
8. Der Gemeinderat beantragt, den Finanzierungsfehlbetrag durch Kreditaufnahme zu decken.
9. Der Gemeinderat beantragt, das vorliegende Budget 2008 zu genehmigen.

VP Staub zeigt anhand von mehreren Beispielen auf, dass die aus der Staats- und der Gemeindesteuer resultierende Gesamtsteuerbelastung trotz Erhöhung des Gemeindesteuersatzes für die meisten Steuerzahlenden keine Erhöhung erfahren wird. In vielen Fällen sinkt die Steuerbelastung per Saldo. Zudem sind zusätzliche Abzüge z.B. bei den Versicherungsprämien oder bei der Kinderbetreuung möglich. Die von der Gemeindeversammlung beschlossenen Investitionen müssen durch den angepassten Gemeindesteuersatz finanziert werden.

Herr Dieter Müller stellt fest, dass die Steuerbelastung de facto trotz Erhöhung des Gemeindesteuersatzes sinken werde.

Herr Kurt Schranz weist darauf hin, dass viele andere Gemeinde beabsichtigen, die Steuern zu erhöhen. Ziel wäre es jedoch, die Steuern zu senken. Es sei deshalb nicht einzusehen, weshalb nun in Rodersdorf die Steuern erhöht werden sollen. Es ist ein Indiz, dass der Kanton die Steuern senkt. Die Wirtschaft gehe zurück, der Benzinpreis wird in den nächsten Jahren um das zwei- bis dreifache ansteigen. Die vorgesehene Steuerbasis wird dannzumal auf wenig Verständnis stossen. Ein Schulhaus wird auch in der Ferienzeit normal beheizt, d.h. die Gemeinde spart nicht. Es wurde ein Umbau des Gemeindsaals für 1,4 Mio. CHF vorgenommen. Auf der oberen Seite sind die Fensterbänke verrostet. Es wäre an der Zeit, dass die Gemeinde die Ausgaben und damit den Steuersatz reduziert.

VP Staub kann keine Angaben zur Raumtemperatur machen. Zur Steuerpolitik des Kantons weist er jedoch darauf hin, dass das seinerzeit das Kantonalbank-Debakel finanziert werden musste. Dadurch war der finanzielle Spielraum stark eingeschränkt. Vor zwei Jahren erhielten die Kantone ihre Anteile an den Goldmillionen, die im Kanton Solothurn zur Tilgung von Schulden verwendet wurden. Jetzt hat der Kanton die Möglichkeit aufgrund des interkantonalen Steuerwettbewerbs die

Steuern zu senken. Dazu ist zu bemerken, dass der Kanton viele Aufgaben an die Gemeinden delegiert. Die Senkung des Kantonssteuersatzes kostet die Gemeinde Rodersdorf rund CHF 250'000 Gemeindesteuereinnahmen. Dieser Ausfall ist zu kompensieren, was ca. 7 % der vorgeschlagenen Erhöhung um 10 % ausmacht. Umso mehr als ein Grossteil der Ausgaben vom Kanton vorgeschrieben sind. Mit 120 % ist Rodersdorf im guten Durchschnitt und wird auf mit 130 % nicht unter den teuren Gemeinden figurieren. Auch ein Vergleich mit Gemeinden des Kantons Basel-Landschaft hinkt, da die Staatssteuerbasis dort eine völlig andere ist.

Herr Schranz weist darauf hin, dass auch in der Stadt Basel die Steuern sinken. Er betont, dass ein Gemeindesteuersatz von 130 % auch dazu führt, dass Liegenschaften schwerer zu verkaufen sind. Die Dorf-Bevölkerung nimmt ab wegen der hohen Steuern.

VP Staub ruft in Erinnerung, dass die Steuern nicht erhöht werden müssten, wenn die Gemeinde nicht ein grösseres Investitionsprojekt planen würde. Die Gemeindeversammlung hat am 4.12.07 entschieden, das Projekt weiterzuverfolgen. Der Gemeinderat hat für die Finanzierung besorgt zu sein.

//. Zum Eintreten wird das Wort nicht verlangt, daher ist stillschweigend Eintreten beschlossen.

Herr Kurt Schranz erkundigt sich, weshalb die stets als sehr gut bezeichnete EDV-Anlage verbessert werden muss.

GS Crevoisier erklärt, dass die Homepage etwas ausgebaut und benutzerfreundlicher werden soll. Das EDV-System funktioniert wie immer einwandfrei.

Frau Regula Joppich stellt den **Antrag**, dass der Budgetbetrag von CHF 6'500 im Kto. 580.365.00 Beiträge an div. Institutionen um CHF 2'900 erhöht wird. In diesem Budgetposten sind die Beiträge an den Verein Tagesbetreuung hinteres Leimental enthalten. Die Gemeinde unterstützt den Verein seit mehreren Jahren durch Beiträge, die sich aus verschiedenen Punkten zusammen setzen. Leider sind diese Beiträge für die in der Gemeinde anfallenden Kosten nicht deckend. Der Verein führt einen Härtefonds, aus dem die nicht durch den Elternbeitrag gedeckten Kosten der Betreuungsverhältnisse ausgeglichen werden. Der Verein stellt allen Gemeinden seit einigen Jahren Budgetanträge mit einem Beitrag an den Verein und einem Beitrag zum Ausgleich des Härtefonds zu. Für Rodersdorf wurde ein Kostendach von CHF 1'500.-- budgetiert. Dies hat dazu geführt, dass in den letzten Jahren Defizite entstanden sind (z.B. 2006 Defizit von über CHF 3'000.--). Das Budget der Gemeinde soll nun entsprechend dem Budget des Vereins erhöht werden. Mit dem Verein soll dann die zukünftige Kostenabwicklung ausgehandelt werden, nämlich ein Fixbetrag und der Ausgleich des Härtefonds nach Kostenanfall in der Gemeinde ausgeglichen werden. Der Verein ist zudem als akkreditierte Fachstelle zertifiziert und auch dieser Beitrag soll nach Aufwand und effektiven Kosten abgerechnet werden. In einigen der anderen Gemeinden des hinteren Leimentals, nämlich Bättwil und Hofstetten-Flüh, funktioniert dies bereits seit einiger Zeit so. Rodersdorf sollte nicht auf Kosten der anderen Gemeinden profitieren und zudem diese private und seit einigen Jahren bestehende Initiative unterstützen.

GR Meier erläutert, dass der Verein im Sommer der Gemeinde das Budget zugestellt hat. Gleichzeitig wurde Antrag gestellt, CHF 2'600.-- als Vereinsbeitrag und CHF 2'200.-- zum Ausgleich der Betreuungsdefizite zu budgetieren. Von den beantragten CHF 4'800.-- hat der Gemeinderat CHF 2'850.-- budgetiert. Diese teilen sich wie folgt auf: CHF 1'000.-- als Vereinsbeitrag, maximal CHF 1'500.-- an den Ausgleich der Betreuungsdefizite und CHF 350.-- für die Vermittlung von Tagesmüttern (Empfehlung des Oberamtes). Die Betreuungsdefizite entstehen sowohl bei den Tagesmüttern in Rodersdorf als auch im vereinseigenen Betrieb in Flüh. Alle Beiträge sind freiwillige Unterstützungsbeiträge. Der Verein schreibt für 2008 schwarze Zahlen, weshalb der Gemeinderat die Notwendigkeit einer Aufstockung nicht nachvollziehen konnte. Eine Aufstockung würde auch den internen Richtlinien des Gemeinderates widersprechen.

GP Eichenberger ergänzt, dass mehrmals Anläufe unternommen wurden, eine einheitliche Regelung für die fünf Gemeinden des hinteren Leimentals zu finden. Dies war leider aus verschiedenen

Gründen nicht möglich. Die bisherigen Beiträge der Gemeinde Rodersdorf sind jeweils überdurchschnittlich ausgefallen. GP Eichenberger sieht das Problem, dass sich die Gemeinden nicht einigen können. Witterswil als Standortgemeinde des Vereins leistet insgesamt lediglich CHF 500.

Frau Joppich hält fest, dass das Oberamt die Entschädigung der Fachstelle falsch kommuniziert habe. Es ist nicht so, dass lediglich pro Tagesmutter CHF 50.-- pro Jahr entschädigt werden soll. Zusätzlich zur Entschädigung pro Tagesmutter ist die Entschädigung auch pro Kind zur Entschädigung empfohlen. Bei 7 Tagesmüttern und 12 betreuten Kindern würde dies CHF 950.-- statt wie budgetiert CHF 350.-- ausmachen.

GP Eichenberger bemerkt, dass die Gleichbehandlung in allen Gemeinden auch daran gescheitert sei, dass die Gemeinden keinen Einfluss auf die Festsetzung der Elternbeiträge haben. Die Gemeinden haben sich deshalb gegen den Automatismus des Ausgleichs des Härtefonds gewehrt. Verhandlungen über die Modalitäten sind durchaus erwünscht. Es gehe aber nicht, über die Budgetgemeindeversammlung einen Automatismus einzuführen. Der fragliche Betrag liegt durchaus in der Kompetenz des Gemeinderates.

Von einer Fehlinterpretation des Oberamtes hört der Gemeinderat zum ersten Mal. Eine Korrektur liegt ebenfalls in der Kompetenz des Gemeinderates.

- // Die Gemeindeversammlung lehnt die beantragte Erhöhung der Beiträge an div. Institutionen um CHF 2'900.-- z.G. des Vereins Tagesbetreuung hinteres Leimental mit 27 gegen 25 Stimmen ab.

Frau Claudia Brun weist darauf hin, dass im letzten Jahr ein reger Verkehr zur Grüngutsammelstelle festgestellt wurde. Es wurden Fahrzeuge mit Elsässer und Basler Kontrollschildern gesehen. Der Grünguttourismus und die damit verbundene Umweltbelastung sollte verhindert werden.

VP Staub bemerkt, dass sich der Gemeinderat dessen bewusst sei. Es habe jedoch noch keine Massnahmen dazu

GR Schaad erklärt, dass auf eine Einzäunung der Grüngutmulde bewusst verzichtet wurde. Der Gemeinderat hat dagegen auf die Vernunft der Benutzer gesetzt. Die Basler Kontrollschilder gehören den Besitzern im Familiengartenareal, die auch berechtigt sind, ihr Grüngut abzuliefern. Es gibt durchaus einen, wenn auch unbedeutenden, Grünguttourismus. Die Gemeinde bietet weiterhin Häckseltage an, was jedoch auch Umweltbelastung erzeugt. Die Lastwagen der KELSAG, die das Grüngut abholen, sind alle mit Partikelfilter ausgerüstet.

Die Reaktionen auf die Grüngutmulde sind durchwegs positiv und sie wird rege benützt. Im 2006 wurden 172 T abgeliefert, 2007 werde es ca. 230 T sein. Die effektiven Kosten betragen CHF 135.-- pro Tonne. Aufgrund der Quersubventionierung durch die Deponie von Schlacke liegt der Preis bei CHF 85.--/T.

GP Eichenberger weist darauf hin, dass die Gemeindeversammlung nicht über die Grundgebühr abzustimmen hat. Diese wird durch den Gemeinderat festgelegt. Sie ist so zu gestalten, dass die Rechnung dieser Spezialfinanzierung ausgeglichen ist.

Beschlüsse:

1. Die Gemeindeversammlung legt mit grossem Mehr bei 5 Gegenstimmen die Grundgebühr Wasser neu auf CHF -.60 m² ZGF fest.
2. Die Gemeindeversammlung legt mit grossem Mehr bei 10 Gegenstimmen die Verbrauchsgebühr Wasser neu auf CHF 2.45 m³ fest.
3. Die Gemeindeversammlung legt mit grossem Mehr bei 12 Gegenstimmen die Grundgebühr Abwasser neu auf CHF -.50 m² ZGF fest.
4. Die Gemeindeversammlung legt die Verbrauchsgebühr Abwasser mit 55 gegen 15 Stimmen auf CHF 1.90 m³ fest.

5. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr ohne Gegenstimme die Miete der Wasseruhren unverändert bei CHF 15.-- für Normaluhren, CHF 30.-- für Spezialuhren und CHF 100.-- für die Spezialuhr Familiengärtnerverein zu belassen.
6. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr bei 2 Gegenstimmen die Hundesteuer unverändert bei CHF 90.-- für den ersten Hund und CHF 120.-- für jeden weiteren Hund zu belassen.
7. Die Gemeindeversammlung legt den Steuerfuss fürs das Jahr 2008 mit 69 gegen 12 Stimmen auf 130 % der ganzen Staatssteuer fest.
8. Die Gemeindeversammlung beschliesst mit grossem Mehr bei einer Gegenstimme, den Finanzierungsfehlbetrag durch Kreditaufnahme zu decken.
9. Die Gemeindeversammlung genehmigt das Budget 2008 mit grossem Mehr ohne Gegenstimme.

GP Eichenberger dankt VP Staub und RV Oser sowie der Finanzkommission für die grosse und aufwändige Arbeit.

4. Verschiedenes

GR Kohler teilt mit, dass die Fachkommission Bildung per Ende 2007 aufgelöst wurde. Die Mitglieder der Fachkommission Bildung ehem. Schulkommission haben viel Arbeit im Aufbau der Geleiteten Schule geleistet. Hiermit sei ihnen für ihre Arbeit grosser Dank ausgesprochen.

Herr Martin Altenbach bemerkt, dass mit dem Projektkredit für eine neue Turnhalle die Situation der Räume nicht verbessert wird. Vielmehr sinkt das Angebot an Räumen für z.B. die Musikschule. Bei künftigen Projekten soll auf die Schaffung von neuen Räumen ein Augenmerk gelegt werden.

GP Eichenberger teilt mit, dass sich Gemeinderat und Spezial-Baukommission dessen bewusst seien und Lösungen wie z.B. vermehrte Nutzung von leerstehenden Schulräumen usw. gesucht werden.

5. Verabschiedung eines Gemeinderates und der langjährigen Friedensrichterin

GR Kohler nimmt heute an seiner letzten Gemeindeversammlung teil. Er verlässt den Gemeinderat wegen der grossen beruflichen Belastung. GP Eichenberger dankt für die kollegiale, angenehme und stets konstruktive Zusammenarbeit.

Frau Anne Pletscher-Friesacher hat während 30 Jahren das Amt der Friedensrichterin bekleidet. Frau Pletscher hat ihr Amt stets mit grossem Engagement und viel Umsicht und Verständnis für die Anliegen der Bevölkerung ausgeführt. Sie geniesst in der Bevölkerung sehr grosses Vertrauen. GP Eichenberger dankt Frau Pletscher für die langjährige, grosse Arbeit im Dienst der Bevölkerung.

Die Versammlungsteilnehmer sind nach Schluss der Versammlung zu einem kurzen Apéro eingeladen.

Schluss der Versammlung:

21.40 Uhr

Gemeindepräsident

Gemeindeschreiber